

Eigenheime – bewohnte Bollwerke der Demokratie

Schweizer Pestalozzi-Dörfer für Berglehrlinge und amerikanische MSA-Bergarbeitersiedlungen als Beispiele für die Neuordnung der westdeutschen Wohnkultur

Hans H. Hanke

1948 fehlten in der Bundesrepublik Deutschland 5 Millionen Wohnungen. Bis 1963 war dieser Fehlbestand weitestgehend ausgeglichen. Die neu gewonnenen Wohnungen besaßen einen höheren Ausstattungsstandard als in der Vorkriegszeit, d.h. sie besaßen fast durchgehend Zentralheizung, integrierte Bäder und funktionelle Küchen. Städtebaulich setzte sich die Zeilenbauweise in Kombination mit Punkthochhäusern durch. Diese in allen städtischen und ländlichen Bezirken verstreut anzutreffenden Wohnbereiche verbesserten durch ihre gute Belichtung und Durchgrünung die Lebensqualität ebenfalls beträchtlich. Die weitaus größere Zahl solcher Neubauten entstand in geschlossenen Siedlungen.¹

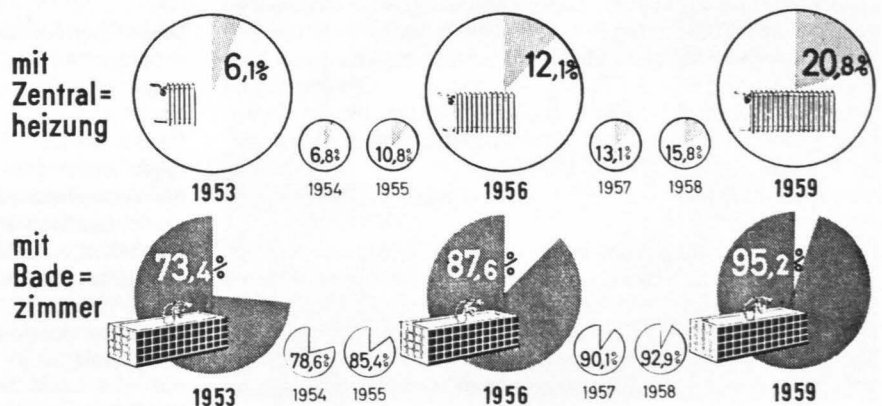
Siedlungen sollten unter anderem auch den Eigentumsgedanken fördern. Anschauliche Beispiele für diesen oft benannten, aber wenig analysierten erzieherischen Aspekt im Siedlungsbau sind die aus der Schweiz angeregten Pestalozzidörfer für Berglehrlinge sowie die aus amerikanischen Mitteln finanzierten MSA-Siedlungen für Bergarbeiter. Der damit angesprochene Zusammenhang des Siedlungsbaus mit der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland ist Gegenstand dieses Beitrages. Ich muß mich allerdings auf erste und zugespitzte Beobachtungen beschränken.

Bis in die späten fünfziger Jahre hinein bestanden zahlreiche unterschiedliche Lösungen für den Siedlungsbau. Viele besaßen solidarischen Charakter. In den sehr verbreiteten „Selbsthilfe-Siedlungen“ wurden durch Eigenleistung der privaten Bauherren am Bau die Gesamtkosten niedrig gehalten. Prominentes Beispiel

ist die „Katholikentags-siedlung“ in Bochum, für die 1949 auf dem ersten Deutschen Katholikentag der Nachkriegszeit zur Unterstützung der Bauherren gesammelt wurde – als Zeichen christlicher Notgemeinschaft.² Vereinzelt errichteten auch Baugenossenschaften neue Siedlungen.³ „Nachbarschaft“, „neighbourhood“, „unité d’habitation“ war international zum Slogan der Städtebauer geworden. In der BRD konnten „Nachbarschaften“ auch der gegenseitigen Hilfe besonders verpflichtete Siedler-Gemeinschaften sein.⁴ Solchen Siedlungen verwandt, aber größer dimensioniert und stärker subventioniert sind die neu gegründeten „Flüchtlingsstädte“ Espelkamp, Bielefeld-Sennestadt, Traunreut, Geretsried, Waldkraiburg, Neugablonz, Kaufbeuren-Hart und andere. Hier wurden regelrechte Städte in Größenordnungen um 15.000 Einwohner für Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler gebaut, von denen 1950 bereits 9,5 Millionen in der BRD lebten.⁵ Als Siedlung müssen auch die Ergebnisse der Aufbaugemeinschaften angesprochen werden. Bekanntestes Beispiel unter vielen ist das „Wohnviertel rund um die Kreuzkirche“ in Hannover, errichtet von 1949 - 1951: 54 Grundeigentümer legten in der Innenstadt ihre Flächen für den Bau von 180 einheitlichen Wohnungen zusammen.⁶

Gebaut wurde hauptsächlich in den Industriegebieten, denn hier lagen die Gebiete der stärksten Zerstörungen und hier bestand das größte Arbeitsplatzangebot. Der Werkwohnungsbaue, der über 100 Jahre die Landschaft der Industriegebiete geprägt hatte, verlor im Neubauwesen beträchtlich an Bedeutung. Vor allem die Gewerkschaften hatten sich schon lange gegen ihn ausgesprochen, sie wollten die mit einer Werkwohnung gekoppelten betrieblichen

WOHNUNGEN



1 Immer bessere Wohnungen
Grundsätze 1960, S. 59

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin
Fertigstellungen in Wohnbauten



2 Sammlung für Eigenheime auf dem 49. Katholikentag in Bochum 1949 Wagner 1989, S. 328

Abhängigkeiten abbauen. Es entstanden sog. werkverbundene Wohnungen, an deren Finanzierung sich Betriebe über Wohnungsunternehmen ganz oder zum Teil beteiligten. Die meisten Projekte wurden aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus unterstützt, so auch eine eigentlich sehr kapitalistische Siedlungsform, die Eigenheim-Siedlung. 1950 entstanden 40.000 Eigenheime, das waren 11 % der in diesem Jahr fertiggestellten Wohnungen; 1959 wurde das einmillionste Eigenheim bezogen, das nach dem Krieg gebaut worden war. Der Eigenheim-Anteil am gesamten Wohnungsbauvolumen war auf rd. 50 % gestiegen.⁷ Der reale Anstieg war beträchtlich, die ideelle Bedeutung wuchs aber noch weit darüber hinaus. Das Eigenheim wurde das Prestigeobjekt der Bundesregierung, das Leitbild westdeutscher Wohnkultur.

Das Eigenheim wurde nur deshalb ein so bevorzugter Bautyp, weil jenseits aller technischen und organisatorischen Fragen zur Bewältigung des Wohnungsnotstandes politische Vorgaben im Siedlungsbau bestanden. Mit den wachsenden Blockgegensätzen begann die forcierte Verbreitung des Eigenheimgedankens, er wurde von amerikanischen und anderen ausländischen Interessen gelenkt und von der Bundesregierung mitgetragen. Kerngedanke dieser Baupolitik war der systematische Wiederaufbau der Schwerindustrie durch die krisensichere Ansiedlung fester Arbeiterstämme. Diese Politik beinhaltet die Absicht, breite Bevölkerungskreise durch Eigentumsbildung unempfänglich für kommunistische Gesellschaftsentwürfe zu machen.⁸ Diese Zielsetzung war Konsens aller gesellschaftlich relevanten Gruppen. Sowohl die Sozialdemokratie als auch die christlichen Kirchen beriefen sich dabei auf ihre alten Forderungen, Arbeiter am Eigentum zu beteiligen. Die von beiden bis in die dreißiger Jahre hinein unter gleichem Vorzeichen ebenso propagierten Baugenossenschaften fanden in den fünfziger Jahren generell kaum noch Fürsprecher und erhielten keine besondere Förderung mehr.⁹

Der Eigenheim-Bau gehörte bis zum Zweiten Weltkrieg unter den unterschiedlichsten Vorzeichen zu einer unter vielen anderen akzeptierten Wohnformen. Er beinhaltete vorwiegend Tendenzen der Stadtfeindlichkeit.¹⁰ Den Eigenheim-Gedanken durch ideologische Überhöhung zum idealen Lebensentwurf eines demokratischen Deutschlands entwickelt zu haben, gehört mit zu den erstaunlichen Ergebnissen des Wiederaufbaus. Die Entwicklung besaß Ansatzpunkte, sie vollzog sich auf verschiedenen Ebenen und in mehreren Schritten.

Speck statt Sozialisierung – Grundgedanken der Eigenheim-Förderung

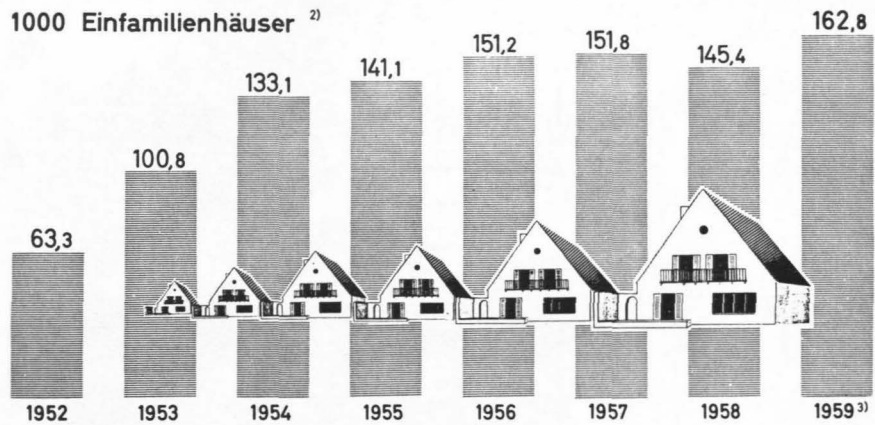
Trotz der stets unbestritten sach- und fachgerechten großen Leistung in der Wohnraumschaffung des deutschen Wiederaufbaus werden in der Literatur drei Punkte kritisch angemerkt:¹¹

- 1) *Eine Bodenreform und eine grundsätzliche Modernisierung der Bauordnung blieben aus, das hindernisreiche planungs-technische Instrumentarium der Zeit vor 1945 wurde fortgeschrieben.*
- 2) *Eine durchgreifende Mechanisierung der Baufertigung erfolgte trotz vielversprechender Ansätze nicht, weiterhin baute man zeitraubend Stein auf Stein.*
- 3) *Auch im Wohnungsbau wurde die althergebrachte Funktion der Familie wieder aufgenommen und bestärkt: Ausschließlich die Kleinfamilie wurde zum Ordnungsfaktor der Grundrisse. Nach der kriegsbedingten Emanzipation der Frau wurde die „Hausfrau“ in die Kleinküche verbannt.¹²*

Alle drei Punkte sollen hauptsächlich vergegenwärtigen, daß der Siedlungsbau der Nachkriegszeit auf den deutschen Traditionen des 19. / 20. Jahrhunderts beruhte. Kann das deutsche Siedlungswesen also trotz aller wohnungstechnischen und städtebaulichen Modernisierungen der Nachkriegszeit nur als 'reformierte Tradition' bezeichnet werden?

Diese Charakterisierung erschien vollkommen richtig, wenn nicht in sämtlichen Siedlungsdiskussionen das Wort 'Demokratie' in nie dagewesenem Ausmaß zu hören und zu lesen gewesen wäre. 'Erziehung zur Demokratie' lautete die selbstgewählte deutsche Parole, die dem Prinzip der "Reeducation"-Devise der Alliierten folgte. Stand dabei unmittelbar nach 1945 noch die Bekämpfung der vermeintlichen Wurzeln des Nationalsozialismus im Vordergrund, überwog später während des Kalten Krieges der Antikommunismus. In beiden Fällen machte man allgemein die 'Verfassung' und 'Entwurzelung' des Menschen als Grundübel aus. Dagegen wurden persönliche Freiheit und persönliches Eigentum als Grundpfeiler der abendländischen, das hieß der deutschen Kultur herausgestellt.

Die Bildung persönlichen Eigentums bekam damit staatstragende Bedeutung. Der westdeutsche Bürger sollte möglichst ein eigenes Grundstück mit einem eigenen Haus darauf erwerben.¹³ Gerade

Fertigstellungen¹⁾1000 Einfamilienhäuser²⁾

Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin

1) Neu- und Wiederaufbau
 2) Einschl. Kleinsiedlerstellen und Bauernhäuser; auch mit Einlieger-(2) Wohnung
 3) Geschätzt

3 Immer mehr Familienheime
 Grundsätze 1960, S. 56

die neu zu errichtenden Siedlungen schienen sich in diesem Zusammenhang als überschaubarer und lenkbarer Bereich, als quasi unberührter Boden für einen solchen demokratischen Neuanfang anzubieten. In den Augen der politischen Gremien wurde der Bauplanung mit dem Feld, auf dem es galt, der 'kommunistischen Weltbedrohung' entgegenzutreten. So formulierte das Bundesministerium für Wohnungsbau 1960: „Gerade in unserer bedrohten Lage am eisernen Vorhang hängt unsere Zukunft davon ab, daß es gelingt, persönliches Eigentum in möglichst vielen Händen zu schaffen. ... Der auf die Auflösung der Eigentumsordnung gerichteten Politik des Kommunismus steht die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln geförderte Eigentumpolitik der Bundesregierung gegenüber.“¹⁴

Diese 'Festungsmentalität' ist in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zur regierungsamtlichen Richtlinie für den Wohnungsbau geworden. Der damit also ursächlich verbundene Eigenheimgedanke war bis 1951 überhaupt noch nicht selbstverständlich. In der Baupraxis eingeführt wurde er durch die ECA-Siedlungen 1952 bis 1954.¹⁵ Hier wurden erstmals in wirklichem großem Maßstab – neben anderen Wohnungsbauten – auch Eigenheime als Einzelhaus, Reihenhauses oder Doppelhaus propagiert. Für ihre Finanzierung wurde durch Marshallplan-Gelder gesorgt, die in diesem Sinn rein politische Subventionen waren. Der Ausbau der Bundesrepublik zum antikommunistischen „Bollwerk“¹⁶ stand bekanntlich im Interesse der westlichen Alliierten, insbesondere im Interesse der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion.¹⁷

Institutionellen Ausdruck bekam die staatliche Eigenheim-Förderung schon 1949 in den Leitsätzen der CDU zur Wohnungsfrage und 1951 im „Altenberger Programm“, das als Ergebnis einer Fachtagung die Grundzüge für die Eigenheimförderung festlegte.¹⁸ Hierzu führte Bundeskanzler Konrad Adenauer aus: „Die Schaffung von Eigenheimen muß ... als sozial wertvollster und am meisten förderungswürdiger Zweck staatlicher Wohnungsbau- und Familienpolitik anerkannt werden. ... gerade der Besitzlose (soll) durch Sparen, Selbsthilfe und öffentliche Förderungsmittel zum Eigenheim gelangen und so der Proletarisierung und der Verarmung entrissen werden.“¹⁹ Rechtskräftigen Vorrang vor anderen Bauherren bei der Bewilligung öffentlicher Mittel erhielten Eigenheim-Anwärter erstmals im Gesetz zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaus v. 23. 10. 1951. Es folgen in der gleichen Tendenz die Gesetze über den Lastenausgleich v. 14. 8. 1952 und



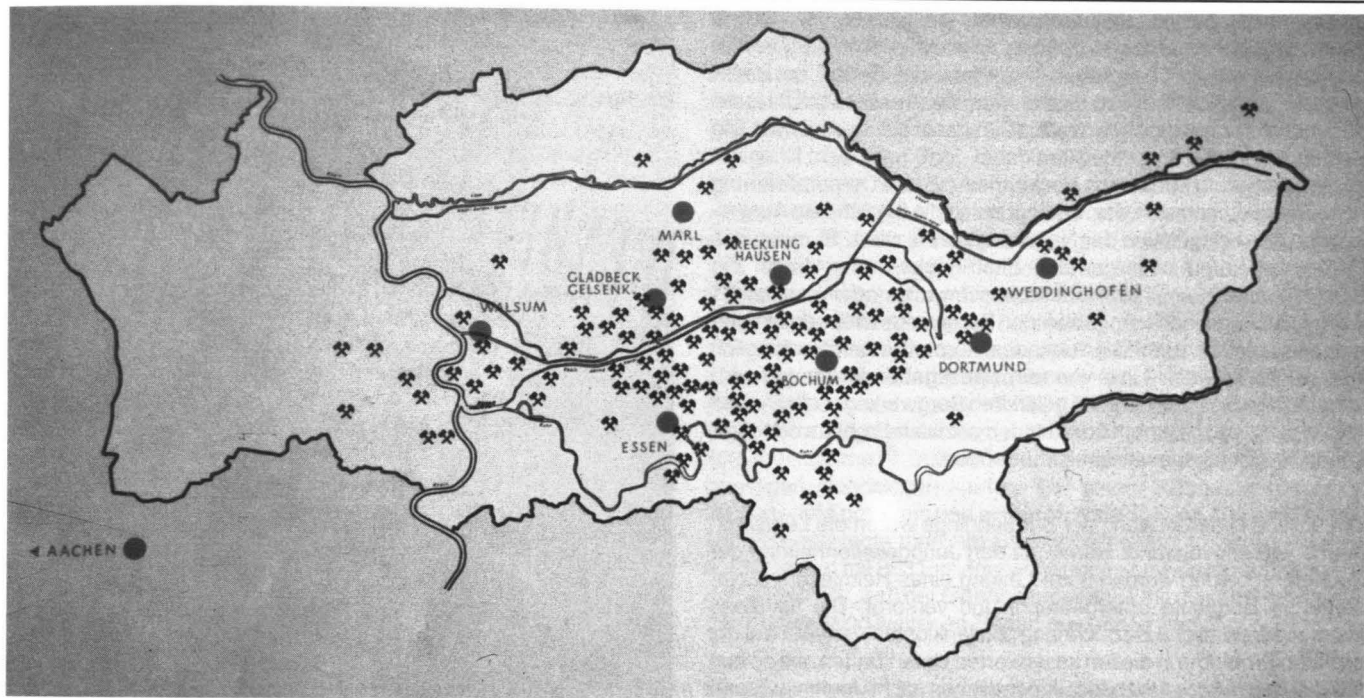
4



4/4a Pestalozzidorf Dinslaken-Hiesfeld, Außenaufnahme und Jugendzimmer · Wiederaufbauminiesterium 1959, S. 50 f.



5 Lageplan der ECA-Siedlungen · Neuer Wohnbau 1952, erste Innenseite



6 Lage der MSA-FOA Bergarbeitersiedlungen im Ruhrgebiet · Wandersleb 1954, Lageplan der MSA-Siedlungen

die Novelle zum I. Wohnbaugesetz vom 25. 8. 1953. Am 27. 6. 1956 wurde dann das II. Wohnbaugesetz verkündet, das grundsätzlich festlegte, „weite Kreise des Volkes durch Bildung von Einzel-eigentum, besonders in der Form von Familienheimen, mit dem Grund und Boden zu verbinden.“²⁰ Flankierende Maßnahmen von großer Wirkung waren Bauprämien und steuerliche Begünstigungen für den Eigenheimbau.

Ausgangspunkt der Eigenheim-Bewegung wurden Bergarbeiter-Siedlungen, denn im Mittelpunkt des amerikanischen Interesses lag nicht erst seit der deutschen Versorgungskrise im extrem kalten Winter 1946/47 das Ruhrgebiet als Kohlenrevier. Die Aufmerksamkeit für diese industrielle Schlüsselregion verstärkte sich ab 1950 mit der Koreakrise erneut. Hatte sich die Bundesregierung soeben zur Förderung der Konsumgüterindustrie entschlossen – um Strukturveränderungen zu bewirken – wurde sie jetzt vor allem durch die Vereinigten Staaten erfolgreich gedrängt, ihre entsprechenden Subventionspläne zu korrigieren. 1,2 Milliarden DM floßen auf diese Weise zugunsten einer „Verteidigung der freien Welt“ der Schwerindustrie zu.²¹

Zu den schwer zu lösenden Problemen im Revier gehörte der Mangel an Bergleuten. Während des Krieges waren Zwangsarbeiter anstelle der rekrutierten Bergleute eingesetzt worden; mit dem Einmarsch der Alliierten verließen sie die Betriebe. Von rd. 260.000 Arbeitsplätzen waren innerhalb weniger Monate 130.000 unbesetzt. Die deutsche Stammebelegschaft war zu diesem Zeitpunkt größtenteils überaltert, viele befanden sich in Kriegsgefangenschaft oder waren im Krieg umgekommen. Zur Behebung des Arbeitskräftemangels wurden zunächst Vertriebene und Flüchtlinge sowie durch Kriegszerstörung oder Demontage arbeitslose Fabrikarbeiter angeworben. Die meisten von ihnen kehrten aber bald wieder ab, zu schlecht waren die ungewohnten Arbeitsbedingungen. Die Anwerbsstrategie im Bergbau mußte entscheidend geändert werden, sollte die in allen Bereichen unmittelbar oder mittelbar von der Kohle abhängige deutsche Wirtschaft wieder in Schwung kommen.²²

Vor diesem politischen Hintergrund wurden Bergarbeiter bis zur Bergbaukrise 1957 in vielerlei Hinsicht bevorzugt versorgt, so auch mit Wohnraum.²³ Um ihre Anwerbung und ihre befriedigende Unterbringung bemühten sich viele einflußreiche Interessensvertreter. Bergarbeiter waren die Garanten bundesdeutscher Energieversorgung, ohne sie war der Wiederaufbau nicht denkbar. Sie galten zudem als politisch gefährdete Gruppe, die ohne staatliche Fürsorge allzu leicht Argumenten für die Sozialisierung der Großindustrie aufgeschlossen gegenüber gestanden hätte.²⁴ Und diese Form der Eigentumbildung war im bundespolitischen Konzept eindeutig nicht gemeint. „Speck statt Sozialisierung“²⁵ lautete stattdessen das Motto.

Aufgrund dieser Strategien entstanden stark subventionierte Bergarbeiter-Siedlungen. Sie waren planvolle Lebensgemeinschaften für Bergarbeiter, sie bildeten den staatlich vorgegebenen Rahmen bergmännischer Wohnkultur. Sie sind gute Beispiele für zeitgenössisch gültige Demokratie-Entwürfe der Nachkriegszeit. Zwei in diesem Zusammenhang aussagekräftige Siedlungstypen entstanden nach schweizerischen und nach amerikanischen Vorgaben: Die Pestalozzi-Dörfer und die MSA-Siedlungen.

Pestalozzidörfer – „Gegen Atheismus und Kommunismus, die größten Gefahren der heutigen Zeit“

Der westdeutsche Bergbau war jährlich auf einen Zustrom von 13.000 bis 25.000 Jugendlichen angewiesen, um untertage den notwendigen Belegschaftsstand von 300.000 Personen halten zu können.²⁶ Nur so konnte kurzfristig die Überalterung der Bergarbeiter und langfristig ihre notwendige Qualifikation gesichert werden. Für den Bergmannsberuf sollten sich darum primär Jugendliche interessieren; sie mußten aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands angeworben, gut untergebracht und seßhaft gemacht werden.²⁷

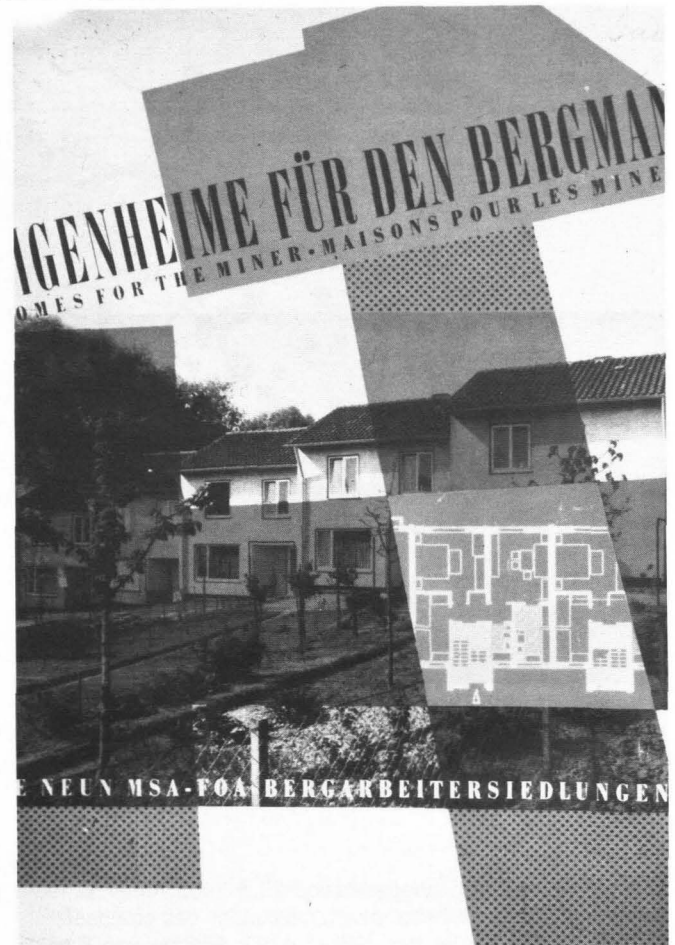
In den ersten Nachkriegsjahren reichte es aus, vor der Schulentlassung stehende Jugendliche von den materiellen Vorteilen für den Bergmann zu überzeugen. Als damit der Bedarf an Nachwuchskräften nicht mehr zu decken war, wurde wohl schlicht jeder Jugendliche angesprochen, wo auch immer er anzutreffen war. Die Zechenunternehmen entdeckten dabei, „daß nach dem Kriege in immer stärkerem Maße eine Verwahrlosung und Demoralisierung der Jugend eingetreten war, bedingt durch die furchtbaren Auswirkungen des Krieges und der Nachkriegsjahre, wie z. B. durch das Fehlen des Vaters oder gar des Elternhauses oder durch die Flüchtlingszeit. ... Charakteristisch schwache oder asoziale“²⁸ Jungen mußten nach Angaben der Bergwerke allein deswegen eingestellt werden, weil sie zumindest körperlich bergbautauglich waren. Die in erster Linie von rein zweckgebundenen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleiteten Bergwerksgesellschaften waren plötzlich mit einem brennenden sozialen Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaft konfrontiert.

Die übliche Unterbringung der Berglehrlinge waren die Lehrlingsheime, die engverwandt waren mit den Junggesellenheimen der Zechen. In beiden wurden unter Leitung eines Heimleiters alleinstehende Bergleute untergebracht und versorgt. Die für diese Heime volkstümliche Bezeichnung „Bullenkloster“ verweist auf die sozialen Probleme in diesen kasernierten Unterkünften, sie sollten für die neu anwerbenden Jugendlichen nicht mehr in Frage kommen.

Zahlreiche Hilfsprogramme aus der neutralen Schweiz haben nach dem Zweiten Weltkrieg zum deutschen Wiederaufbau beigetragen. Der schweizerische Kaufmann Holger Hoffmann regte nach dem Krieg im Ruhrgebiet die Gründung von „Pestalozzidörfern“ an. Als Vorbild sollte das Schweizer Pestalozzidorf in Trogen dienen, in dem der Gedanke einer familienähnlichen Erziehung von Waisenkinder nach den Vorstellungen des schweizerischen Sozialpädagogen Johann Heinrich Pestalozzi (1746 - 1827) zum ersten Mal nach dem Krieg in größerem Rahmen verwirklicht worden ist. Dieses Modell wurde im Ruhrgebiet unmittelbar mit der bergmännischen Nachwuchserziehung verknüpft. Die Bergbauunternehmen erstellten und unterhielten in sich abgeschlossene Dörfer, in denen die Berufserziehung von auswärtigen Jugendlichen mit der familienähnlichen Erziehung durch Pflegeeltern vereinigt wurde. 1948 gründete sich in Dortmund die „Jugendheimstättenwerk-Pestalozzidorf-Vereinigung Ruhrgebiet“, bis 1956 entstanden im Ruhrgebiet und im Aachener Bergbauggebiet etwa 40 solcher Dörfer, in denen 4.000 Jugendliche betreut wurden.²⁹ Den Betreibern war für die Durchführung ihres industriespezifischen Konzeptes kein Beispiel bekannt, noch wurde es außerhalb des Bergbaus irgendwo nachgeahmt.

Die Pestalozzidörfer entstanden in der Form von weiträumigen Angerdörfern in kurzer Entfernung zu den Betrieben. Vorherrschender Haustyp war das Doppelhaus, eingeschossig mit ausgebautem Satteldach. Die Wohnungen umfassten im Erdgeschoß die Küche, ein Speise- und Wohnzimmer sowie das „Eltern“schlafzimmer, während sich im Obergeschoß zwei Wohn-Schlafzimmer für je drei Berglehrlinge befanden. Die Häuser waren in Anlehnung an bergmännische Lebensgewohnheiten als Kleinsiedlerstelle mit Stall und Garten (600 m²) ausgestattet worden. Zum Dorf gehörte ein Gemeinschaftshaus. Die mir bekannten Pestalozzidörfer sind in ihrem dörflichen Charakter ungewöhnlich idyllisch³⁰. Ihre architektonische Gestaltung unterstützte ein wichtiges Ziel der Träger: Die „Erziehung zum eigentumsgebundenen Siedler“.³¹

Jede Siedlerstelle wurde von 6 Jungen und den Pflegeeltern bewohnt. Die Pflegeväter mußten „standesbewußte und traditionsgebundene Bergleute“³² sein, beide Eltern sollten neben Gesundheit, Verantwortungsbewußtsein und pädagogischem Geschick vor allem drei ganz wesentliche Eigenschaften mitbringen:



7 Umschlagbild · Wandersleb 1954

1. Sie sollten eine Familiengemeinschaft, ein geborgenes Eltern-Kind-Verhältnis, zu ihren Berglehrlingen aufbauen, denn dann „ist auch nicht mit Gefahren zu rechnen, die sich aus der Vermassung ergeben, die als das Hauptübel der heutigen Zeit empfunden wird“.³³
2. Sie sollten fest im christlichen Glauben leben und den Berglehrlingen eine christliche Lebensgrundlage aktiv weitervermitteln, „die sie in ihrem späteren Leben wappnen kann gegen Atheismus und Kommunismus, die größten Gefahren der heutigen Zeit“.³⁴
3. Sie sollten den Berglehrlingen „die neue Heimat, das Ruhrgebiet, nahebringen und ihnen den festen Willen zur Berufstreue und Selbsthaftmachung formen können“.³⁵

Jedem Dorf aus 15 bis 50 Wohneinheiten stand ein „Dorfleiter“ vor. Er verwaltete die Gemeinschaft, überprüfte die Haushalte in wirtschaftlicher sowie pädagogischer Hinsicht und organisierte ein streng reglementiertes Freizeitleben, das von Sport, Gartenarbeit und Abenden im Familienkreis geprägt gewesen zu sein scheint. Daneben fanden in den Gemeinschaftshäusern Theater- und Filmvorführungen, Gottesdienste, Bastelkreise, Kegelabende und sonstiges statt. Hier wurden auch Tanzkurse abgehalten, in denen „die Jungen ... ihre erste Bekanntschaft mit dem weiblichen Geschlecht machen, also nicht in Wirtschaften, sondern wie es in geordneten Familienverhältnissen der Fall sein soll, unter den Augen ihrer Erziehungsberechtigten“.³⁶

Die Selbstentfaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen, die aus ihren Vorleben weitaus anderes gewohnt waren, wurden bewußt beschnitten zur „Sicherung eines guten und harmonischen Familien- und Dorflebens“³⁷. Die Probleme, die sich im „willkürlichen und vor allem zweckgebundenen Zusammenleben“³⁸ der Pestalozzi-Gemeinschaften trotz dem Bahn brechen mußten, besprach der „Dorfbeirat“ eines jeden Dorfes. Diese Gremien setzten sich aus den Dorf- und Hausvorständen zusammen, ihnen konnte auch ein Berglehrling angehören. Die Berglehrlinge besaßen aber ein eigenes Jugendparlament, den „Jugendrat“. Dessen Sitzungen fanden immer unter der Oberaufsicht des Dorfleiters oder seines Vertreters statt, in den Sitzungen wurden hauptsächlich Sportveranstaltungen besprochen. Durch den Jugendrat sollten „die Jungen zu demokratisch denkenden Menschen“³⁹ erzogen werden.

Die Berglehrlinge und späteren Knappen befanden sich im Alter zwischen 14 und 21 Jahren. Sowohl nach heutigen wie nach damaligen Verhältnissen mußten die meisten von ihnen als erwachsen gelten. Untertage wurde von ihnen selbstverständlich hochverantwortliches eigenes Handeln verlangt. Entsprechend hätte es nahegelegen, in den Dorfgemeinschaften ein gleichberechtigtes Dasein zu entwickeln. Das seit 1921 bestehende repressionsfreie englische Internatsmodell Summerhill von Alexander Sutherland Neill war nicht weiter abgelegen als das Dorf Trogen in der Schweiz.

Im Pestalozzidorf waren die Berglehrlinge den Zwängen einer Hierarchie ausgeliefert, die sie zwar bergbautauglich machte, aber für ein Leben außerhalb der behütenden Gemeinschaft unvorbereitet ließ. Sobald sie auf sich selbst gestellt waren, scheiterten Zöglinge der Pestalozzidorfer in auffallendem Maß, fehlte ihnen doch jetzt ein „gewisser sittlicher Rückhalt“⁴⁰. Sie durften darum solange in den Pestalozzifamilien bleiben bis sie „möglichst aus dem Kreise ihrer neuen Familie heraus, selbst eine eigene Familie gründen. ... die Bindung zur neuen Familie und zum Beruf ist erhalten geblieben, ja noch stärker geworden, und für den erwünschten Nachwuchs ist gesorgt“⁴¹. Dieser Mechanismus war allerdings wirtschafts- und gesellschaftspolitisch wieder sehr erwünscht.

Die Pestalozzidorfer sind zweifellos ein humaner Beitrag zur Erziehung der deutschen Nachkriegsjugend. Sie sind ebenso ein extremes Beispiel für den zeittypischen Versuch zur Umerziehung der Deutschen, hier nach Schweizer Vorbild. Zeittypisch ist die Rekonstituierung der Familie als Keimzelle des Staates, die Förderung des Eigentumsgedankens und die antikommunistische Grundausrichtung.

MSA-Siedlungen – „Mancher wagte nicht zu sagen, daß er hier wohnt“

1951 bis 1953 wurden in 15 Städten der BRD Versuchssiedlungen mit 3.275 Wohnungen gebaut, die sog. ECA-Siedlungen.⁴² Finanziert wurden die Bauten vollständig durch rd. 44 Millionen DM ERP-Mittel. Die USA-Hilfe beruhte, wie bereits erwähnt, auf der Erkenntnis, daß neben der Bekämpfung der Ernährungskrise die Milderung der Wohnungsnot in Deutschland dringend notwendig war. Anlaß für diese Versuchsbauten wurden die nach amerikanischem Verständnis viel zu langwierigen und kostspieligen „mittelalterlichen Zunftweisen“⁴³ im deutschen Bauwesen. US-Vertreter erreichten, daß den Bauten ein Wettbewerb vorausging, durch den die Bautechnik, -ausführung und -form im sozialen Wohnungsbau beispielhaft gefördert werden konnte. Baupolizeiliche Vorschriften wurden dafür zum Teil außer Kraft gesetzt. Die ausgeführten Siedlungen zeigten vor allem städtebaulich hochwertige Ergebnisse. Sie wichen deutlich ab vom konservativen Formenkanon vieler Nachkriegssiedlungen. Die Wohnungen selbst besaßen als we-

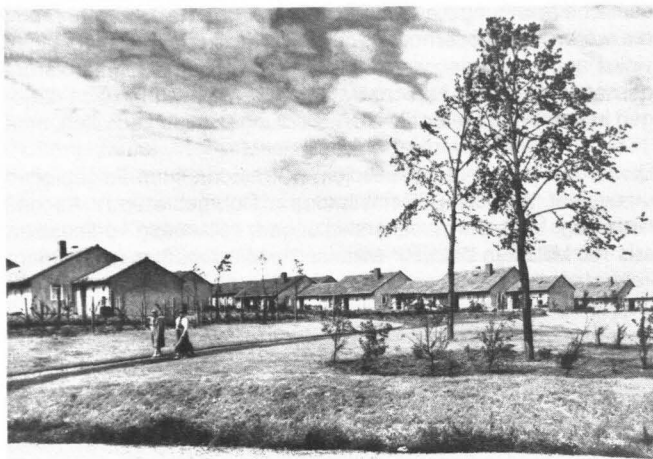
sentliche Neuerung die Trennung von Kochküche und Wohnraum, sie waren mit modernen Bädern und Heizungen ausgestattet, vieles andere wurde zweckmäßiger als in den gewohnten Grundrissen angeordnet. Neuere Bautechniken bewährten sich dagegen kaum. Das Lob für die ECA-Siedlungen blieb verhalten.

Die Lehren aus dem ECA-Projekt wurden in einem Folgeprojekt umgesetzt. 1953 bis 1955 entstanden im Ruhrgebiet und in Aachen neun sog. MSA-Bergarbeitersiedlungen, vollständig vorfinanziert aus 100 Millionen DM ERP-Mitteln. Die Mittel mußten nach amerikanischen Auflagen zur Eigentumsbildung verwendet werden⁴⁴. Obwohl die Umsetzung der bautechnischen Erkenntnisse allgemein besonders betont wurde, war die wesentlichste Änderung des Bauprogramms nicht bautechnischer Art. Sie bestand vielmehr darin, daß das vorhergehende ECA-Mischkonzept aus Miet- und Eigenheim aufgegeben wurde. Nunmehr entstanden ausschließlich Eigenheime.⁴⁵ Diese Gebäude sollten die Bergarbeiter zu günstigen Konditionen kaufen. Bei einem Kaufpreis von etwa 20.000,- DM pro Haus und einem Monatslohn von 400,- bis 600,- DM veranschlagte man Abzahlungszeiten von 40 bis 50 Jahren. 4.419 Bauten mit 883 Einliegerwohnungen bewirkten nach Ansicht der Initiatoren, „daß der Eigenheimgedanke mit diesen Siedlungen ganz bedeutend weiter an Boden gewonnen hat“⁴⁶.

Eine dieser in der Literatur hoch gelobten Siedlungen ist die MSA-Siedlung in Essen-Schonnebeck. Zum Verständnis des folgenden Zitates muß gesagt werden, daß diese Siedlung entgegen den einschlägigen Angaben eigenartigerweise bereits 1951 bis 1953 entstand und von ihren Eigentümern noch den ECA-Siedlungen zugerechnet wird. Die Siedlergemeinschaft schilderte 25 Jahre nach dem Erstbezug ihren Start in das Grundbesitzer-Dasein als böses Erwachen.⁴⁷

„Mit einem Kostenaufwand von über 10 Mill. DM entstanden in 22 Monaten 492 Eigenheime für Bergleute. ... 48 Firmen aus der gesamten Bundesrepublik waren an diesem ECA-Projekt in Essen-Schonnebeck beteiligt. Bei der Hektik, schnellstens die Häuser zu errichten und unter den schlechtesten Witterungsverhältnissen blieb es nicht aus, daß viele Baumängel an den Häusern zu verzeichnen waren. Hinzu kam noch, daß in der Zeit von 1951 bis 1953 ein großer Mangel an Baufachleuten bestand, so daß Friseure, Bäcker, Schlachter und andere Nichtfachleute die Bauarbeiten durchführen mußten.

Viele Familien sollten im Spätherbst 1953 die Häuser beziehen, obwohl sie noch gar nicht bezugsfertig waren. Teilweise fehlten noch die Türen und die Fenster. Die Kücheneinrichtungen waren auch noch nicht fertig. Hier und da mußten noch Fußböden gelegt werden. Verschiedentlich gab es noch keine elektrischen Anlagen, auch vieles andere war noch nicht in Ordnung. Die Straßen und Anliegerwege waren noch nicht vorhanden, so daß die Häuser nur mit Mühe durch Lehm und Schlamm zu begehen waren. Die sogenannten Eigenheimbewerber mußten trotz der enormen Schwierigkeiten und Unsicherheiten die vollen Kosten tragen. Je nach Haustyp war die Belastung im Verhältnis zu einer normalen Bergarbeiterwohnung sehr hoch.“ – Für das Eigenheim mußten jetzt durchschnittlich 95,- DM abgezahlt werden, während eine gleichgroße Mietwohnung monatlich nur 38,- DM kostete. – „Die Unzufriedenheit wuchs mehr und mehr. Nicht nur die verhältnismäßig hohen Kosten, sondern auch die vielen Baumängel führten zum Ärger der Bewerber. So blieb es nicht aus, daß bereits am 22. November 1953 eine Interessengemeinschaft gegründet wurde. ... In fast täglichem Einsatz und in mühevoller Kleinarbeit hat der Vorstand (der Interessengemeinschaft; H.H.H.) zunächst alle sichtbaren, aber auch die nicht sofort erkennbaren Baumängel aufgenommen. Monatelange Verhandlungen und zähes Ringen mit offiziellen und inoffiziellen Stellen führten dann doch zum Erfolg. Gemeinsam mit der Rheinischen Heimstätte, den Architekten Gutschow, Famers und Both gelang es dem Vorstand, die Mängelbeseitigung zu veranlassen, ohne die Bewerber finanziell zu belasten. ... Gut drei Jahre lang mußten sich die Eigenheimbewerber



8 MSA-Siedlung Essen-Schonnebeck
Wandersleb 1954, nach S. 66

zum wiederholten Male die Beseitigung der Mängel in ihrem Haus gefallen lassen.“ – Es wurden unter anderem die meisten Warmwassergeräte ersetzt und die elektrischen Leitungen ordnungsgemäß geerdet. Der Außenputz, die Kellerböden und die Drainagen wurden komplett erneuert. – „Kaum waren die Mängel beseitigt, da begann ein neues Fiasko. Bergsenkungsschäden beunruhigten die Siedler. Ihrer Empörung und Verzweiflung machten sie Luft bei Protestversammlungen und Pressekonferenzen.

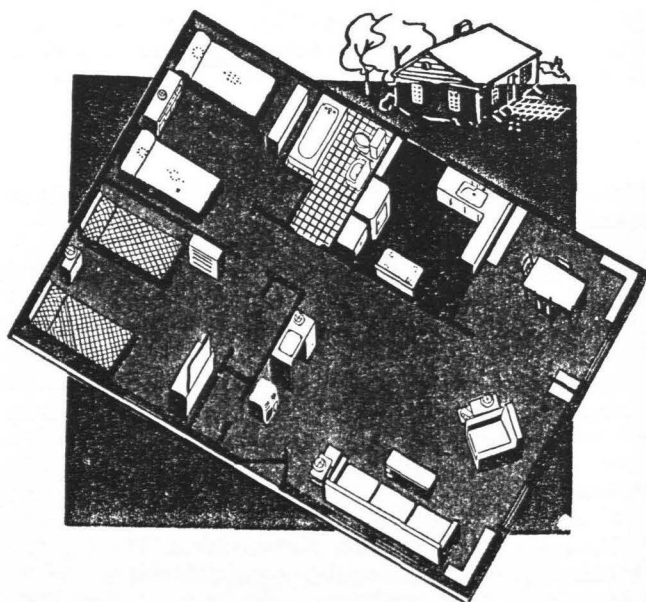
Aber nicht nur die aufgeführten Schwierigkeiten machten die Siedler unzufrieden und nervös. Zu all diesen unklaren Verhältnissen kamen Angriffe und Beschimpfungen auf sie zu. Als Dummköpfe bzw. Idioten wurden sie betitelt. 'In 10 Jahren fällt Euer Haus zusammen', hat man ihnen vorausgesagt. 'Heiland-' und 'Blutwurstsiedlung', 'Nord- und Südkorea'⁴⁸ gab man der ECA-Siedlung als nicht gerade liebevollen Namen. Wer konnte es manchem Siedler verdenken, wenn er gar nicht mehr zu sagen wagte, daß er in der ECA-Siedlung wohnte.

Menschlich verständlich war auch, daß durch die angespannte finanzielle Lage aufgrund des hohen Wohngeldes, der Beschaffung bzw. Erneuerung von Möbeln, der Gestaltung des Gartens und der individuellen Verbesserung des Eigenheims der eine wie der andere sich um einen Nebenverdienst bemühte. Ende 1955 befanden sich dann auch im Siedlungsbereich 48 Verkaufsstellen für Bier, Sprudel usw. Über 70 % der Eigenheimer hatten untervermietet. In 614 Wohneinheiten wohnten einige Jahre über 3.000 Menschen“ – also jeweils 5 Personen auf 66 m².

Es sei daran erinnert, daß es sich nach offiziellen Angaben um eines der best organisierten und finanzierten Bauvorhaben in der BRD handelte. Für die geplanten Eigenheime des MSA-Programms waren von Anfang an mehr Bewerber als Häuser vorhanden,⁴⁹ und in einer eigens unter Bergarbeitern veranlaßten Umfrage war bestätigt worden, daß der Bergarbeiter nichts lieber besitzen wollte, als ein eigenes Häuschen. Nach Angaben der Initiatoren waren zudem alle Bewerber ausführlich über die auf sie zukommenden Belastungen hingewiesen worden. Wie konnte es also im Nachhinein zu solch eklatanten Fehlern und auseinanderklaffenden Einschätzungen kommen?



9 Modell der MSA-Siedlung Bochum-Gerthe
(v.l.n.r. Stadtbaurat Clemens Massenber, Aufbauminister Erkens, Gaurert von den Bochumer Heimstädten, Gerhard Petschelt, Oberstadtdirektor Bochum, Hanke 1953)



10 Grundriß einer einfachen Wohnung für eine vierköpfige Arbeiterfamilie · Leben, 1950, S. 38, 52

Der Bericht der Siedler aus Essen-Schonnebeck läßt spüren, daß die Bergleute energisch zum Eigentumserwerb überredet worden sein müssen. An der eben erwähnten Umfrage läßt sich diese Vermutung konkretisieren.

Bei rd. 1.400 Bergarbeitern wurde eine Umfrage über ihre Wohnwünsche durch die Sozialforschungsstelle Dortmund – der Universität Münster angeschlossen – durchgeführt.⁵⁰ Mit Alternativen zu den ihnen bekannten Wohnformen wurden die Bergleute dabei nicht bekannt gemacht. So konnten die Bergleute schon bei der relativ einfachen Frage nach dem Nutzen einer siedlungszentralen Gemeinschaftswaschküche keine eigenen Vorstellungen entwickeln. Ein hilfreiches Modell konnte ihnen bei der Befragung nicht vorgestellt werden, also kamen solche Gemeinschaftslösungen nicht mehr zur Sprache.⁵¹

Das Drei- bis Vierfamilienhaus wurde von den Bergarbeitern abgelehnt, weil ihnen dort die Wohnungen zu klein erschienen. Die Möglichkeit, sehr große Mietwohnungen in Mehrparteienhäusern zu errichten, wurde ihnen anscheinend gar nicht eröffnet.⁵²

Zur Finanzierung wurde den Bergleuten nur gesagt, die monatliche Belastung sei „nicht höher als für eine gleich große Wohnung“.⁵³ Tatsächlich bestätigt sich auch in der Literatur die Angabe der Schonnebecker Siedler, die Belastung habe sich später mehr als verdoppelt.

Trotz aller zum Vorteil des Eigenheims idealisierten Informationen entschied sich nicht etwa die überwiegende Mehrheit für das Eigenheim – wie zur Legitimation in der Folge von offiziellen Stellen beständig wiederholt –, sondern exakt die Hälfte. Richtig ist, daß die meisten Befragten in einer abgeschlossenen Wohneinheit mit Garten leben wollten, d.h. in einem 1 - 4 Familienhaus⁵⁴. Die Rechtsform 'Eigenheim' wurde eher skeptisch beurteilt, viele wollten lieber ein Haus mieten.⁵⁵ Dieses Ergebnis bestätigte sich im übrigen 1955, als dieselbe Fragestellung bundesweit durch das EMNID-Institut untersucht wurde.⁵⁶ Auch dieses Ergebnis wurde wiederum als überwältigendes Votum für das Eigenheim dargestellt. Von den 50 % Eigenheimwilligen wünschten sich alle ein freistehendes Einzelhaus, sehr annehmbar erschien ihnen auch ein Doppelhaus.

In der hier zur Rede stehenden MSA-Untersuchung wurde vor allem das Reihenhaus rigoros abgelehnt. Der Wunsch nach einem Haus, um das man aus praktischen und gefühlsbetonten Gründen herumgehen kann, war so stark, daß die Dortmunder Soziologen zu dem Schluß kamen, „solange man der Bergarbeiterschaft ihren besonderen Stolz und Lebensstil zubilligt“⁵⁷, sei für Bergleute das Wohnen im Reihenhaus abzulehnen. Dieses Ergebnis war den verantwortlichen Planern bekannt. Trotzdem wurden in den MSA-Siedlungen ausschließlich Reihenhäuser gebaut. Sie standen sogar bereits, als die Umfrage noch gar nicht beendet war.⁵⁸ Reihenhäuser waren einfacher und billiger zu erstellen, und preiswert sollte die Verwurzelung der Bergarbeiter nach den Wünschen der US-Regierung und des Bundes möglichst sein. Die Macht der eingangs geschilderten politischen Vorgaben ließ folglich weder den Planern der ECA / MSA-Projekte noch den Bergarbeitern eine Chance, Alternativen zum Eigenheim oder auch nur zur Grundform des Eigenheims zu entwickeln. Da klingt es wie blanker Zynismus, wenn Hermann Wandersleb, Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnungsbau, als Herausgeber der offiziellen Begleitpublikation unter Bezug auf die soziologische Untersuchung schreibt:

„Ungewöhnlich im deutschen Wohnungsbau war das Ausmaß, in dem der Eigenheimbewerber der MSA-Siedlungen im Sinne echter demokratischer Willensbildung auf die Größe und Ausstattung der Bauten selbst Einfluß nehmen konnte und sich im Rahmen des Möglichen noch im Planungsstadium unter mehreren Haustypen den ihm genehmen aussuchen konnte.“⁵⁹

Gift of Freedom — Die Durchsetzung der Eigenheim-Bewegung

Führt man sich die übergreifenden alliierten und bundesdeutschen Interessen am Eigenheim vor Augen, kann man sich fragen, warum die deutsche Bevölkerung selbst dem Eigenheim-Gedanken so viel Vertrauen entgegen gebracht hat.

1950 erscheint in Deutschland eine populär aufgemachte Studie zum Lebensstandard von Arbeitern, in der es unter anderem heißt: „Selbst billige Wohnungen sind heute allgemein mit technischen Hilfsmitteln ausgestattet, die vor wenigen Jahren noch als Luxus galten. Dazu gehören normalerweise ein Telefon, eine mit Kohle, Brennöl oder Gas betriebene Zentralheizungsanlage, ein elektrischer oder Gasherd ... und ein elektrischer oder mit Gas oder Stangeneis betriebener Kühlschrank. Heizkörper und häufig auch Waschküchen, Öfen und Kühlschränke sind zumeist ein fester Teil der Einrichtung jeder Mietwohnung ... Darüber hinaus muß der Mieter selbst für bestimmte Geräte sorgen, wie Waschmaschinen, Bügeleisen, Brottröster, Staubsauger, Telefonapparate und Rundfunkgeräte ... Der Arbeiter in der Stadt wird zwar nicht oft weite Reisen unternehmen können, aber er pflegt seinen jährlichen Urlaub gemeinsam mit seiner Familie außerhalb der Stadt zu verbringen, und er wird oft mit seiner Familie Sonnabend und Sonntag im eigenen Auto zum Baden, in den Park oder aufs Land fahren.“⁶⁰

Es ist nicht schwer zu erraten, daß hier nicht deutsche, sondern amerikanische Lebensverhältnisse geschildert werden. Adressaten dieser Schrift sind deutsche Gewerkschaftsmitglieder, der damalige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ernst Scharnowski schreibt das Vorwort. Er bringt die Botschaft der Studie auf den Punkt: „... Ein deutsches Sprichwort sagt, daß die größten Kartoffeln bei dem dümmsten Bauern wachsen. Hier darf gesagt werden, daß es in der Regel umgekehrt ist. ... Unser augenblicklicher wirtschaftlicher Mangelzustand ist die Folge geistiger und charakterlicher Mängel, die im politischen Leben von gestern wirkten und heute sichtbar werden. ... Mit Erstaunen stellen wir fest, wie das amerikanische Volk seine Steuergelder und Waren für den wirtschaftlichen Aufbau aller freiheitlichen Länder zur Verfügung stellt. Mit Bedauern aber stellen wir fest, wie dieses Volk sich zum dritten Mal im Leben unserer Generation anschicken muß, einen opfervollen Kreuzzug nicht nur für seine Freiheit, sondern auch für die Freiheit anderer Völker anzutreten (Korea-Krieg seit 8. 6. 1950; H.H.H.). Das ist Freiheit: die Freiheit des Anderen. Das ist soziale Gerechtigkeit: Der Wohlstand des Konsumenten.“⁶¹

Die Broschüre ist durchzogen von Bildern, Grafiken und Tabellen, die u.a. Geschäfte mit prächtigen Auslagen, zahllose private PKW sowie Lebensmittel aller Art schildern und auch die begehrten Nylonstrümpfe⁶² nicht unerwähnt lassen. Überall suggerieren Fotos und Abbildungen kleiner Einfamilienhäuser, daß Eigenheime die vorherrschende Wohnform in den USA seien. Auch eine Mustersiedlung für Kohlenbergarbeiter ist dargestellt: Nur freistehende Einfamilienhäuser sind da zu sehen.⁶³ Trotz etlicher Relativierungen im eigentlichen Text ist diese Veröffentlichung des US-Arbeitsministeriums eine beschönigende Propagandaschrift. „Leben in Freiheit“ ist ihr deutscher Titel, „Gift for Freedom“ ihr englischer. Sie steht für viele andere Vorbilder in den deutschen Medien, durch die die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“⁶⁴ als 'american way of life' allumfassend inszeniert wurde. Danach sind die „Früchte der Freiheit“ ein reiches geistiges, vor allem aber ein reiches materielles Leben. Der Beweis für Demokratie ist der Wohlstand des einzelnen. Dieser Wohlstand wird den verarmten, stauenden Deutschen als verlockender Preis für demokratisches Wohlverhalten vor Augen geführt. Das Eigenheim erscheint als Hauptgewinn der Demokratie.



11 Mustersiedlung für Kohlenbergarbeiter in West-Virginia
Leben 1950, vor S. 18

Die bundesdeutsche, amerikanische und schweizerische Behauptung, das Familieneigenheim als persönliches Eigentum sei für jedermann ein Ideal, muß uns heute als ein unfaires Spiel mit den deutschen Erfahrungen und Mentalitäten der letzten 200 Jahre erscheinen. Das eigene Haus war niemals die hauptsächliche Wohnform in Deutschland und schon gar nicht die des Bergarbeiters.⁶⁵ Ebenso verbreitet war das eigentumsähnliche Wohnen in gepachteten Kotten oder in Siedlungshäusern des Werkwohnungsbaus. Nicht zuletzt war das mittelbare Eigentum an einer Wohnung oder an einem Kleinhaus im Genossenschaftsmodell nicht nur verbreitet, sondern auch bewährt demokratisch und solidarisch. Die angebliche Wertbeständigkeit der Häuser und Grundstücke in privatem Eigentum hatten überdies die Bombardierungen und die Teilung Deutschlands gründlich in Frage gestellt.

Das Eigenheim war umstritten, von unterschiedlicher Seite wurde gegen das Eigenheim argumentiert. Die Gewerkschaften sahen eine Beschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes in der Bindung an ein eigenes Haus.⁶⁶ Die Theoretiker der Moderne gingen schon lange davon aus, daß ein Eigenheim mit Garten die kulturelle und politische Eigeninitiative durch Gartenarbeit und Ratenzahlung verdränge, der Bodenverbrauch dieser Häuser unverantwortlich hoch sei und zudem für den einzelnen viel zu lange Anfahrtswege mit sich brächte.⁶⁷ Bauexperten hatten noch 1949 errechnet, daß Bergarbeitersiedlungen mit Garten und Stall zu viel Land verbrauchen und der Geschoßwohnungsbau mit mindestens 6 Wohneinheiten deutlich preiswerter und schneller zu verwirklichen sei.⁶⁸ In der übrigen Welt war das Eigenheim in dieser 'fest verwurzelnden' deutschen Form nicht üblich; Eigentum an Grundstücken und Häusern wurde mobiler gehandhabt. Nicht zuletzt in den USA wurden Eigenheime flexibel ge- und verkauft.⁶⁹

Einige Hinweise sprechen dafür, daß zwar die suggestive Kraft des Eigenheimgedankens in Deutschland starke Wirkung entfaltete, sich trotzdem aber nicht im vorgesehenen Maß realisieren ließ. Der Eigenheim-Anteil am gesamten bundesdeutschen Bauvolumen betrug rd. 50 %. Mehr schien nicht durchsetzbar zu sein. Denn selbst in den Bergarbeitersiedlungen, in denen ja schon 1953 fast 100 % Eigenheime angelegt worden waren, wurde noch 1958/59 „ein erheblicher Teil ... der Eigenheime zunächst nur als Mietwohnungen genutzt“.⁷⁰ Die deutsche Bevölkerung scheint also gegenüber der drängenden Überredung zum Eigenheimkauf durchaus einige Resistenz entwickelt zu haben. Sei es aus wirtschaftlichen, politischen Gründen oder aus welchen Erklärungen heraus auch immer.

Es gab in Deutschland aber auch deutliche Ansätze für den Eigenheimgedanken. So existieren die Bausparkassen als wichtigste Institution zur Finanzierung eines eigenen Hauses in der heute bekannten Form seit 1924, entwickelten sich zu einem bemerkenswerten Umfang aber erst ab 1930. 1937 bestanden 300.000 Bausparverträge, aus denen im selben Jahr etwa 5.000 bis 10.000 Wohnungen im Eigentum finanziert wurden. Unter denen befanden sich aber auch Zwei- und Dreifamilienhäuser, vereinzelt sogar Geschäftswohnhäuser. In den besten Jahren der Vorkriegszeit waren dagegen rund 300.000 Mietwohnungen pro Jahr entstanden.⁷¹ Trotz der häufigen Diskussion in den Fachkreisen sowie seiner stetigen Propagierung blieb das Eigenheim bis 1945 also eine Randerscheinung im Wohnungswesen, für das deutsche Kleinbürgertum und die Arbeiterschaft bestenfalls eine Utopie.

Ergiebiger für die insgesamt willige Annahme des Eigenheimgedankens in Arbeiterschaft und Kleinbürgertum kann der nach dem Krieg verbreitete Wunsch nach Ruhe und Geborgenheit gelten, der Wunsch nach einer Entpolitisierung der Familie. Nach den Jahren der Fremdbestimmung durch Nationalsozialismus und Krieg nun über das eigene persönliche Umfeld selbst bestimmen zu können, war sicherlich eine nicht zu unterschätzende Verlockung, persönlichen Hausbesitz zu gründen. Die für die MSA-Bauten durchgeführte Untersuchung nennt den Hang zur Zurückgezogenheit und Unabhängigkeit sowie den Wunsch, den Kindern ein Erbe zu hinterlassen, als Motive für den Eigenheim-Erwerb. Aus der Untersuchung ist außerdem die Angst vor steigenden Mieten als kaufentscheidend abzulesen.⁷² Solche Gründe haben einen großen Teil der Bergarbeiter und mit ihnen andere Bevölkerungsschichten veranlaßt, sich mit dem Gedanken an ein Eigenheim zu befassen. Ausschlaggebend waren letztlich wohl die wirtschaftlich außergewöhnlich reizvollen Angebote der Vereinigten Staaten bzw. der Bundesregierung. Die scheinbar unkomplizierten Erwerbsbedingungen und der Mythos vom eigenen Heim verdrängten jeden Gedanken an andere Realisierungsmöglichkeiten der gerade genannten Wünsche. Der Eigenheim-Wunsch war in seiner immensen Verbreitung nicht das Ergebnis der Freiheit, er war im Gegenteil das Ergebnis einer drastischen Einschränkung der freien Wahl zwischen den bekannten Wohnformen. Wer geborgen und selbstbestimmt wohnen wollte, dem blieb nichts anderes mehr als sich 'frei' zu kaufen.

Die deutsche Bevölkerung konnte auf diese Weise Schritt für Schritt und mit langer Wirksamkeit in das westliche Blockdenken einbezogen werden. Ansätze einer solidarischen Aufbaugemeinschaft wichen immer stärker dem bekannt überzogenen Besitzstandsdenken und einer egoistischen Individualisierung des Wohnens und des Lebens. Die Folge war darüber hinaus ein heillosen Raubbau am bebaubaren Boden in Deutschland. Hauptsächlich diese Entwicklung beklagte Mitscherlich 1969, als er die oft zitierte „Unwirtschaftlichkeit unserer Städte“ anprangerte.⁷³ Alternative Wohn- und Lebensgemeinschaften hatten bis in die siebziger Jahre hinein keine Chancen, umgesetzt zu werden.

Tabelle 1

Von den 1396 Befragten wünschten		abs.	in %
3/4	ein Kleinhaus für 1 - 2 Familien ¹⁾	1057	76
	ein mittleres Haus für 4 Familien	250	18
	ein größeres Haus für 5 und mehr Familien ²⁾	59	4
	Sonstiges ³⁾	30	2
Insgesamt		1396	100

¹⁾ einschließlich Einliegerwohnungen (1 %).

²⁾ einschließlich Stockwerkeigentum (0,5 %).

³⁾ einschließlich „ohne Angabe“.

Tabelle 2

Von den 1396 Befragten wünschten		abs.	in %	abs.	in %
1/2	ein Eigenheim	668	48		
fast 1/5 fast 1/4	und zwar als Einzelhaus			225	18
	„ „ im Doppelhaus			332	24
	„ „ als Einfamilienhaus			74	5
	„ „ als Stockwerkeigentum			7	1
1/2	zur Miete zu wohnen	698	50		
über 1/4 fast 1/5	und zwar in einer Einliegerwohnung			15	1
	„ „ im 1 - 2-Familienhaus			381	27
	„ „ im 4-Familienhaus			250	18
	„ „ im größeren Haus			52	4
	Sonstiges ¹⁾	30	2	30	
	Insgesamt	1396	100	1396	100

¹⁾ einschließlich „ohne Angabe“.

Pfeil Wohnwünsche 1954, S. 23, 28

Anmerkungen

- Petsch* 1989; *Durth/Gutschow* 1988; *Beyme* 1987; *Hermant* 1986; *Frank-H.* 1983; *Kleßmann* 1982, *Wanderleb* 1959;
- HDW Städtebau* 1959, S. 1304 - 1308; *Schmalenberg* 1958; *Wagner* 1989, S. 321 - 328: Die 500.000 Besucher des Kirchentages waren 1949 aufgefordert, einen Stundenlohn für eine Neubausiedlung zu opfern. 100.000 DM werden gesammelt. Die aus 76 Häusern bestehende Siedlung wurde 1950/53 fertiggestellt;
- Anderes Leben* 1985; *Novy Knacke* 1985;
- Beyme* 1987, S. 75 - 81; Die Siedlergemeinschaften gaben eine eigene Zeitschrift „Nachbarschaft“ heraus;
- Pfeil Städte* 1954; *Wiederaufbauministerium* 1954, S. 32 - 38; *Fünderich* 1987; *Rabeler* 1990, S. 185f; *Sennestadt* 1988; *Huschka* 1989; *Eller* 1989; *Machtemes* 1989;
- Aufbauförderungsgemeinschaften* 1950; *Bonczek* 1957; *Beyme* 1987, S. 206f; *Durth/Gutschow* 1988, S. 756f;
- Die Höhe des Eigenheimanteils entscheidet sich nach der Frage, ob Eigenheime mit Einliegerwohnung einbezogen werden, was m. E. notwendig ist. *Grundsätze* 1960, S. 16 u. 21; *Beyme* 1987, S. 121; *Petsch* 1989, S. 205; *HDW Städtebau* 1959, S. 499: 1959 556.000 Wohnungen, davon 162.000 Eigenheime = 29%; *Wandersleb* 1959, S. 14: 1957 31,8 % Eigenheime + 15,2 % Eigenheime mit Einliegerwohnung = 47 %;
- Wandersleb* 1959, S. 14;
- Das Dortmunder Aktionsprogramm der SPD begrüßte nach *Kleßmann* 1982, S. 245 in allgemein gehaltener Form, daß das Verständnis „für die besonderen Werte der Kleinsiedlung und des Kleineigentums“ wieder wachse; *Ehlen* 1954 zeigt, mit welchen aufrichtig sozialromantischen Vorstellungen und christlichen Missionshoffnungen das „familiengerechte Heim“ bei der katholischen Kirche verbunden wurde: Städtische Degeneration (S. 179ff), vererbte Impotenz (S. 184) und Kommunismus (S. 188) sollen durch das christlich geführte Eigenheim mit Garten überwunden werden; *Anderes Leben*, S. 119; *Novy Knacke* 1985, S. 97;
- Walz* 1980; *Petsch* 1989, S. 130 - 220;
- S. Anm. 1 und *Pahl-Weber* 1983; *Wagner* 1989, S. 381 - 390;
- Zeitgenössisch vertrat man die Ansicht, die praktische Kleinküche gäbe der Hausfrau mehr Zeit für die Familie.
- Eigenheime wurden auch in der DDR errichtet. Sie erhielten aber keine offizielle Leitbild-Funktion.
- Grundsätze* 1960, S. 4;
- Neuer Wohnbau* 1952/1958; *Höhns* 1983; zu ECA s. Anm. 44;
- Der Begriff „Bollwerk“ findet sich hauptsächlich in der Tagespresse, so z.B. in der Kölnischen Rundschau vom 1. 10. 1946, hier zitiert nach *Hermant* 1986, S. 83, s.a. *Höhns* 1983, S. 86; *Frank-H.* 1983, S. 52;
- Durth/Gutschow* 1988, S. 119 - 147;
- Zu den gesetzl. Grundlagen s. *Rabeler* 1990, 126f; *HDW Städtebau* 1959, S. 497 - 499; *Grundsätze* 1960;
- HDW Städtebau* 1959, S. 498;
- HDW Städtebau* 1959, S. 593;
- Abelshäuser* 1985, S. 46f;
- Abelshäuser* 1985; *Kleßmann* 1982, S. 110f.
- HDW Städtebau* 1959, S. 313 - 318;
- Kleßmann* 1982, S. 395f;
- Abelshäuser* 1985, S. 45f; *Kleßmann* 1982, S. 110;
- Nach *Roelen* 1956, S. 95 fehlten 1955 17.000 Mann im Bergbau, was einen Ausfall von 17 Mill. Tonnen Kohle im Jahr zufolge hatte;
- zu Pestalozzidörfern s.: *HDW Städtebau* 1959, S. 1193f; *Roelen* 1956; *Heyn* 1956, S. 80 und Abb. 10; *Essen* 1956, S. 106;

- 28 *Roelen* 1956, S. 12, 37;
- 29 *Roelen* 1956, S. 51, 131 sowie *Heyn* 1955, S. 80 und Abb. 10 sowie *Wiederaufbauministerium* 1954, S. 50 nennen: Bochum-Weitmar (Bochumer Bergbau AG); Duisburg-Hamborn (Zeche Neumühl); Oberlohberg, Baeckerwerth (Hamborner Bergbau AG); Mülheim-Heißen (Mülheimer Bergwerks-Verein); Essen-Katernberg, Essen-Kray (Rheinelbe-Bergbau AG); Jugendheim-stättenwerk Essen; Essen-Karnap, Essen-Altenessen, Essen-Schonnebeck; Polsum-Bertlich (Hibernia-Bergwerks AG); Dortmund-Huckarde; Dortmund-Marten (Dortmunder Bergbau AG); Dinslaken-Hiesfeld (Rheinische Wohnstätten AG); Die Essener Pestalozzi-Dörfer werden in einem gemeinsamen Gutachten mit Prof. Dr. *Joachim Petsch*, *Wiltrud Petsch Bahr*, Dr. *Annette Zehnter* zur denkmalwerten Bausubstanz der 50er Jahre in Essen untersucht.
- 30 1992 sind zumindest noch die Siedlungen Essen, Pestalozziweg und Lenthoffstraße erhalten;
- 31 *Roelen* 1956, S. 115;
- 32 *Roelen* 1956, S. 27;
- 33 *Roelen* 1956, S. 111;
- 34 *Roelen* 1956, S. 132;
- 35 *Roelen* 1956, S. 28;
- 36 *Roelen* 1956, S. 84;
- 37 *Roelen* 1956, S. 85;
- 38 *Roelen* 1956, S. 86;
- 39 *Roelen* 1956, S. 88f;
- 40 *Roelen* 1956, S. 92;
- 41 *Roelen* 1956, S. 92f;
- 42 *Neuer Wohnungsbau* 1952/1958; *Höhns* 1983; Die 15 ECA-Siedlungen entstanden in München, Kaufbeuren, Freiburg, Reutlingen, Stuttgart, Nürnberg, Mannheim, Frankfurt, Mainz, Aachen, Krefeld, Braunschweig, Hannover, Bremen, Lübeck;
- 43 *Neuer Wohnbau* 1958, S. 8;
- 44 *Neuer Wohnbau* 1958, S. 11 - 13; *Wandersleb* 1954; Die 9 MSA-Siedlungen entstanden in Alsdorf bei Aachen, Bochum-Gerthe, Essen-Schonnebeck, Grenze Gladbeck-Brauck / Gelsenkirchen-Beckhausen, Marl, Recklinghausen-Schimmelheide, Walsum-Werhofen, Weddinghofen bei Kamen. Finanziert wurden die reinen Baukosten; die Kosten für Grundstücke und Aufschließung wurden von den beteiligten Gemeinden und Zechen sowie aus Soforthilfemitteln aufgebracht. Die Wohnungen waren für 15 Jahre bergbaugelungen, aber nicht betriebsgebunden; Ein weiteres Folgeprojekt ist das FOA-Programm: Aus einer 63 Mill. DM-Spende der US-Regierung wurden zur Entlastung Berlins Flüchtlingswohnungen in Berlin und der BRD teilfinanziert; Siedlungen der Programme ECA (Economic Cooperation Administration), MSA (Mutual Security Agency) und FOA (Foreign Operations Administrations) werden in der Literatur selten sorgfältig auseinandergelungen, da alle Mittel auf das seit 1948 bestehenden ERP-Programm (European Recovery Programm = *Marshall-Plan*) zurückzuführen sind und zum Teil wohl auch Mischfinanzierungen vorkamen.
- 45 Zu den meisten Siedlungen bestanden aber Ergänzungsprogramme, aus denen auch einige Hochhäuser und öffentliche Bauten errichtet wurden, *Wandersleb* 1954;
- 46 *Neuer Wohnbau* 1958, S. 13.; s.a. *Wandersleb* 1954, S. 20f.
- 47 *Schonnebeck* 1978;
- 48 „Heilandsiedlung“ scheint sich darauf zu beziehen, daß die Einwohner aussahen „wie das Leiden Christi“, das soll heißen: überanstrengt durch Selbsthilfe und abgemagert durch Geldmangel aufgrund hoher Ratenzahlungen. „Blutwurst-Siedlung“ spielt darauf an, daß wegen knapper Finanzen nur die preiswertesten Lebensmittel auf den Tisch kamen. Die Bezeichnung „Korea-Siedlung“ verdeutlicht, daß man sich der politischen Zusammenhänge durchaus bewußt war.
- 49 Hier spielt auch die Wohnungsnot eine Rolle. s. *Pfeil Wohnwünsche* 1954 S. 40;
- 50 *Pfeil Wohnwünsche* 1954;
- 51 *Pfeil Wohnwünsche* 1954, S. 16 Anm. 13 auch S. 43 Anm. 45;
- 52 *Pfeil Wohnwünsche* 1954, S. 22 - 23;
- 53 *Pfeil Wohnwünsche* 1954, S. 30;
- 54 Das 4-Familienhaus mit Kreuzgrundriss;
- 55 *Pfeil Wohnwünsche* 1954, S. 29f;
- 56 *Emnid* 1955;
- 57 *Pfeil Wohnwünsche* 1954, S. 43., s.a. ebda. S. 40f;
- 58 *Pfeil Wohnwünsche* 1954, S. 13 Anm. 11;
- 59 *Neuer Wohnbau* 1958, S. 12;
- 60 *Leben* 1950, S. 52, 58, Soweit ersichtlich, erschien die Broschüre in allen westlichen europäischen Ländern. Anlaß war die Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften;
- 61 *Leben* 1950, S. III / IV;
- 62 *Leben* 1950, S. 55;
- 63 *Leben* 1950, Abb. vor S. 19;
- 64 *Schelsky* 1954, S. 218ff, zit. nach *Kleßmann* 1982, S. 245; s.a. *Frank-H.* 1983, S. 66 - 68 zu Architekturpublikationen;
- 65 *Lange* 1967;
- 66 *Frank-K.* 1955, S. 22f; *HDW Städtebau* 1959, S. 716-719; *Wandersleb* 1954, S. 20;
- 67 *Gropius* 1931;
- 68 Z.B. wurde 1947/48 in Bochum eine Bergarbeiter-Eigenheimsiedlung errichtet, die als erste Siedlung dieser Art in der Nachkriegszeit gilt. Der Baugrund wurde in Erbpacht bereitgestellt, die Erschließung und Bauausführung der Doppelhäuser mit Stall war sehr preiswert gehalten. Trotzdem beurteilte der zuständige Stadtbaurat *Massenberg* die Finanzierung dieses Bautyps als schweres finanzielles Problem. Er schlug vor, stattdessen dreigeschossige Bauten mit 2 bis 4 Wohnungen pro Geschoss in rationaler Serienfertigung zu errichten. Entsprechende Versuchsbauten hatten sich in Bochum bereits bewährt. *Massenberg* 1949; *Petsch* 1985; *Wagner* 1989, S. 412f; *Hanke* 1992;
- 69 Das amerikanische Eigenheim in den verkehrsfördernden Schlafstädten war auf eine Lebensdauer von 30 bis 40 Jahren abgestellt. Im allgemeinen wechselte eine amerikanische Familie alle fünf Jahre die Wohnung. Beim Bau der stark beachteten New Towns in England wurde der Mietwohnungsbau bevorzugt gefördert. Schweden kultivierte den Hochhausbau. Österreich plante 1959 die Trabantenstadt Taxhem mit 4.200 Wohnungen, von denen 40 % Einfamilienhäuser waren. In Italien herrschte der Mietswohnungsbau und die Errichtung von Eigentumswohnungen vor. In den Niederlanden waren 30 % der 1945 bis 1952 erstellten Wohnungen Eigenheime. Nach Stichproben aus der Literatur: *HDW Städtebau* 1959, S. 95 - 101; *Staatseinfluß* 1959; *Weyl* 1961; *Heuer* 1965; *Nederland* 1952;
- 70 Aus dem gesamten Bergarbeiterwohnungsprogramm von Bund, Ländern, ECA, MSA und FOA wurden rd. 160.000 Wohnungen finanziert, davon rd. 61.000 als Eigentumsmaßnahme. In den amtlichen Publikationen zum Eigenheimbau fehlen Verkaufstatistiken – anscheinend mit Bedacht. *HDW Städtebau* 1959, S. 318;
- 71 *HDW Städtebau* 1959, S. 230 - 234, 491 - 505; *Bausparkredit* 1940; *Wüstenrot* 1965, S. 113, 125;
- 72 *Pfeil Wohnwünsche* 1954, S. 29;
- 73 *Mitscherlich* 1954;
- * Ebenso Vortrag am Zentrum für Kulturwissenschaften an der Universität / GH Paderborn auf dem Symposium „Kulturpolitik der Besatzungsmächte 1945 - 1950“ im April '92.

Literatur und Quellen

- [1] *Novy, Klaus / Hombach, Bodo, u.a. Hrsg.: Anders Leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur.* Berlin Bonn 1985.
- [2] *Abelshauer, Werner: Von der Mangelwirtschaft zum „Wirtschaftswunder“.* Wiederaufbau an Rhein und Ruhr. In: Honnef, Klaus / Schmidt, Hans M.: *Aus den Trümmern: Kunst und Kultur im Rheinland und Westfalen 1945 - 1952.* Katalog Bonn 1985, S. 43-47.
- [3] Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Hrsg.: *Aufbau-förderungsgemeinschaften in deutschen Städten. Bericht über eine Arbeitstagung.* Frankfurt/M. 1950.
- [4] Süddeutsche Bausparkredit AG: *Wunschtraum wird Wirklichkeit. Ein Almanach für die Freunde des eigenen Heims.* Singen / Hohentwiel 1940
- [5] *Beyme, Klaus von: Der Wiederaufbau.* München 1987.
- [6] *Bonczek, Willi: Baugrundordnung und Stadtaufbau gezeigt am Beispiel Essen,* Essen 1957
- [7] *Durth, Werner; Gutschow, Niels: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940 - 1950.* Bd. I und II, Braunschweig / Wiesbaden 1988.
- [8] *Ehlen, Nikolaus: Das familiengerechte Heim.* In: Sozialreferat der Abendländischen Akademie, Hrsg.: *Eigentum in Arbeiterhand.* München 1954, S. 177-198.
- [9] Deutsches Volksheimstättenwerk, Hrsg.: *Wie wollen wir wohnen. Untersuchung des Instituts für Verbraucherforschung der Ernid KG.,* Köln / Gummersbach 1955.
- [10] Stadt Essen, Hrsg.: *Essen. Aus Trümmern und Schutt wächst eine neue Stadt.* Essen 1956.
- [11] *Trümmer. Traditionelle und Moderne Architekturen im Nachkriegsdeutschland.* In: Schulz, Bernhard, Hrsg.: *Grauzonen. Farbwelten. Kunst und Zeitbilder 1945 - 1955.* Katalog Berlin / Wien 1983, S. 43 - 75.
- [12] *Frank, Karl: Betrieblicher Wohnungsbau gestern, heute, morgen.* Frankfurt/M. 1955.
- [13] *Fünderich, Gerd: Ein vergessenes Modell. Städtebau in Sennestadt.* In: Grafe, Peter / Hombach, Bodo / Grätz, Rheinhard, Hrsg.: *Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln. Geschichte und Geschichten aus Nordrhein-Westfalen.* Berlin / Bonn, S. 34 - 39.
- [14] *Gropius, Walter: Flach-, Mittel- oder Hochbau?* In: Hirdina, Heinz: *Neues Bauen. Neues Gestalten. Das Neue Frankfurt / Die neue Stadt. Eine Zeitschrift zwischen 1926 und 1933.* Dresden 1984, S. 94 - 104.
- [15] Bundesministerium für Wohnungsbau, Hrsg.: *Grundsätze, Leistungen, Aufgaben der Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung.* Engelskirchen o.J. (1960)
- [16] *Hanke, Hans H.: Architektur und Stadtplanung im Wiederaufbau.* Bochum 1944 - 1960. Münster 1992.
- [17] *Handwörterbuch des Städtebaues Wohnungs- und Siedlungswesen.* Hrsg. von Hermann Wandersleb. Bd. I - III. Stuttgart 1959.
- [18] *Hermand, Jost: Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1965.* München 1986.
- [19] *Heuer, Jürgen H. B.: Der Funktionswandel des Eigenheimes.* In: *Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung. Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung.* Bd. I. Köln / Opladen 1960, Einführung.
- [20] *Heyn, Erich: Zerstörung und Aufbau der Großstadt Essen,* Bonn 1955.
- [21] *Höhns, Ulrich: „Neuaufbau“ als Hoffnung, „Wiederaufbau“ als Festschreibung der Misere. Marshallplan und Wohnungsbau in der Bundesrepublik nach dem Kriege.* In: Schulz, Bernhard, Hrsg.: *Grauzonen. Farbwelten. Kunst und Zeitbilder 1945 - 1955.* Katalog Berlin / Wien 1983, S. 85 - 104.
- [22] *Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 - 1955.* Göttingen 1982.
- [23] *Lange, Irmgard: Formen und Entwicklungen des Bergmannshauses von den Anfängen bis zur Gegenwart.* In: Heilfurth, Gerhard / Weber-Kellermann, Ingeborg; Hrsg.: *Arbeit und Volksleben. Deutscher Volkskundekongreß 1965 in Marburg.* Göttingen 1967.
- [24] Büro für Arbeitsstatistik im US-Arbeitsministerium: *Leben in Freiheit. Eine Abhandlung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten.* o.O.o.J. (Berlin 1950).
- [25] *Massenberg, Clemens: Vortrag vor dem vereinigten Bau- und Wohnungsausschuß am 2. 3. 1949.* Stadtarchiv Bochum DBau 45/ 2, pg. 133 - 153.
- [26] *Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden.* Frankfurt/M. 1969. (Edition Suhrkamp 123)
- [27] Netherland Government Information Service: *Nederland. Woningen 1946 - 1952.* o.O. 1952
- [28] *Wandersleb, Hermann, Hrsg.: Neuer Wohnbau. Bd. I Bauplanung 1952. Bd. II Durchführung von Versuchssiedlungen 1958.* Ravensburg.
- [29] *Novy, Klaus / Knacke, Klaus: Vom „Deutschen Verein für Wohnungsreform“ zum „Wohnbund“.* Genossenschaftlicher Wohnungsbau damals und heute. In: Kabisch, Wolfgang, Hrsg.: *Und hinter der Fassade. Aspekte der Gestaltung unserer Umwelt durch Architektur und Stadtplanung.* Köln 1985.
- [30] *Pahl-Weber, Elke: Im fließenden Raum. Wohnungsgrundrisse nach 1945.* In: Schulz, Bernhard, Hrsg.: *Grauzonen. Farbwelten. Kunst und Zeitbilder 1945 - 1955.* Katalog Berlin / Wien 1983, S. 105 - 126
- [31] *Petsch, Wiltrud und Joachim: Neuaufbau statt Wiederaufbau. Architektur und Städtebau in Nordrhein-Westfalen 1945 - 1952.* In: Honnef, Klaus / Schmidt, Hans M.: *Aus den Trümmern: Kunst und Kultur im Rheinland und Westfalen 1945 - 1952.* Katalog Bonn 1985, S. 71 - 81.
- [32] *Petsch, Joachim: Eigenheim und gute Stube. Zur Geschichte des bürgerlichen Wohnens.* Köln 1989.
- [33] *Pfeil, Elisabeth: Neue Städte auch in Deutschland. Stadtgründungen auf der Grundlage gewerblicher Flüchtlings-unternehmen.* Göttingen 1954.
- [34] *Pfeil, Elisabeth, Bearb.: Die Wohnwünsche der Bergarbeiter.* Tübingen 1954.
- [35] *Rabeler, Gerhard: Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945 - 1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit.* Bonn 1990. (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz Bd. 39)
- [36] *Roelen, Otto-Wilhelm: Die Bedeutung der Pestalozzidörfer für die Gewinnung eines bergbaulichen Nachwuchses.* Diss. Köln 1956.
- [37] *Schmalenberg, Carlaugust: Die bauliche Selbsthilfe in der Wohnungswirtschaft unter Berücksichtigung der Verhältnisse in der eisenschaffenden Industrie.* Diss. Köln 1958.
- [38] *Wohlert, Rudi: Rückblick - 25 Jahre ECA.* In: *Festschrift: 25 Jahre ECA 1953 - 1978.* Hrsg. von der Siedlergemeinschaft Essen-Schonnebeck e.V. o.O.o.J. (Essen 1978), S. 1 - 5.
- [39] *Sennestadt-Verein, Hrsg.: Der Städtebau der Sennestadt. Eine Dokumentation.* Bielefeld-Sennestadt 1988.
- [40] *Nipperdey, Hans Carl / Weisser, Gerhard, Hrsg.: Der Staatseinfluß in der Wohnungswirtschaft.* Köln / Braunsfeld 1959.
- [41] *Wagner, Volker Johannes, Hrsg.: Vom Trümmerfeld ins Wirtschaftswunderland. Bochum 1945 - 1955. Eine Dokumentation.* Bochum 1989. (Veröffentlichung des Stadtarchivs Bochum)
- [42] *Walz, Manfred: Gegenbilder zur Großstadt. Von den nationalsozialistischen Versuchen zur Auflösung der Stadt bis zu den Wiederaufbauphasen nach 1945.* In: *Bauwelt 1980, Heft 12, S. 473 - 482.*

WORKSHOP 2

- [43] *Wandersleb, Hermann, Hrsg.:* Eigenheime für den Bergmann. Münster 1954.
- [44] *Wandersleb, Hermann:* Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland. In: Fischer-Dieskau, Joachim, Bearb.: Beiträge zur Theorie und Praxis des Wohnungsbaues. Festschrift für Arnold Knoblauch. Bonn 1959, S. 7 - 19.
- [45] *Weyl, Heinz:* Stadtsanierung und Neue Städte in England. Essen 1961.
- [46] *Drechsler, Otto, u.a.Bearb.:* Bauen, Wohnen, Leben. Aus der Tätigkeit des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen. Stuttgart O.J. (1954).
- [47] *Langer, Eberhard:* Wüstenrot. Eine Idee setzt sich durch. Stuttgart 1965.

Verfasser: Dr. phil. *Hans H. Hanke*

Wiss. Referent
Westfälisches Amt für Denkmalpflege
Münster